



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Klaus Stöttner, Steffen Vogel CSU

Allgemeine Vorschrift für das Deutschland-Ticket bundesweit erlassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene zur Umsetzung des Deutschland-Tickets – vergleichbar der Umsetzung des 9-Euro-Tickets in 2022 – für den Erlass einer bundesweiten allgemeinen Vorschrift einzusetzen, welche für alle den ÖPNV tragenden Unternehmen eine rechtssichere Abrechnung ihrer Kosten gegenüber dem Bund sicherstellt.

Begründung:

Gerade in Bayern gibt es im Bereich des ÖPNV noch zahlreiche eigenwirtschaftliche Verkehre, für die kein öffentlicher Dienstleistungsauftrag besteht. Um auch diese in die Abrechnungssystematik des Deutschland-Tickets rechtssicher integrieren zu können, wird eine Regelung in Form einer „Allgemeinen Vorschrift“, ähnlich der Regelung, die 2022 für das 9-Euro-Ticket bundesweit vom Bund erlassen wurde, benötigt. Diese soll bundesweit einheitlich gelten und daher durch den Bund erlassen werden.